

Rede von Helmuth Markov auf dem Landesparteitag der LINKEN Brandenburg.

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,

stellen wir uns nur einmal vor, die Landtagswahl am 14. September würde nicht so ausgehen, wie wir uns das alle wünschen. Ich weiß das ist eine gruselige Vorstellung. Nicht weil wir an den Sesseln der Macht kleben oder weil das Regieren so furchtbar viel Spaß macht und uns dann was fehlen würden.

Nein. Weil dieses Land dann eine echte Chance vertan hätte.

Die Chance, dass auf die ersten Schritte auch zweite und dritte folgen könnten.

Denn ja, wir haben erste Weichen stellen können. Aber vieles ist noch offen geblieben.

- Ja wir haben den Personalschlüssel in den Kitas verbessert, aber wir wollen ihn noch weiter absenken.
- Wir haben eine Lohnuntergrenze eingeführt und bundesweit unseren Beitrag geleistet, den Mindestlohn Realität werden zu lassen, aber auf 8,50 € wollen wir uns nicht ausruhen.
- Und ja, wir haben alle Krankenhausstandorte erhalten, aber noch immer fehlen gerade im ländlichen Raum Ärzte.
- Und ja, wir haben dafür gesorgt, dass Brandenburger Kommunen das meiste Geld pro Einwohner in Vergleich aller Bundesländer bekommen. Aber wir wissen, dass es trotzdem mancherorts klemmt und zwickt. Deshalb wollen wir ein kommunales Investitionsprogramm auflegen.

Das sind die Dinge, die wir noch bewegen wollen. Wir wollen weitere Schritte dahin gehen, das Land sozialer und zukunftsfester zu gestalten. Wir wollen, dass sich Politik um Menschen kümmert. Wir wollen Solidarität leben und nicht nur davon reden.

Und darüber reden müssen wir vor allem im Wahlkampf.

Denn klar ist: Diese Wahl ist eine Richtungsentscheidung zwischen rot-rot und rot-schwarz!

Es ist eine Entscheidung zwischen einem modernen gemeinwohlorientierten Politikverständnis der LINKEN und der rückwärtsgewandten, altbackenen Politik der CDU.

Natürlich hören CDU und SPD das nicht gern. Denn in einer solchen Richtungsentscheidung muss man sich ja klar bekennen, zu welcher Seite man steht. Und mit fünf möglichen Parteien im nächsten Landtag will man sich es natürlich weder bei SPD noch bei der CDU zu schnell mit dem anderem verspielen. Dass die SPD bezüglich ihrer Koalitionspartner in Brandenburg sehr flexibel war, hat die Geschichte gezeigt.

Deswegen steht die Frage: Soll Brandenburg den eingeschlagenen Weg einer sozialen Erneuerung fortsetzen oder gibt es eine Rolle rückwärts, zurück in konservative Denkstrukturen?

Ja diese Frage steht.

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und mir das Wahlprogramm der CDU angesehen. Ja manchmal habe auch ich masochistische Züge.

Wobei, wenn man sich diesen Text mal so ansieht, dann hat man teilweise das Gefühl, „Donnerwetter, die CDU will sich entwickeln!“.

Sie fordert plötzlich mehr direkte Demokratie, einen besseren öffentlichen Personennahverkehr, die kostenlose Schülerbeförderung, die Sicherung von Schulstandorten auf dem Land, eine Funktionalreform von unten. Und dann bekennt sie sich sogar zum Mindestlohn!

Da kann man schon ins taumeln geraten und sich fragen, ob das wirklich noch die CDU der Herren Schierack und Domrowski und von Frau Ludwig ist.

Aber so ganz kann sich der Wolf im Schafspelz doch nicht verbergen und an vielen Stellen blitzt sie dann durch, die stramm-konservative Linie und dann wird ganz klar, wo die Reise unter rot-schwarz hingehen würde:

Da findet sich zum Beispiel der schöne Satz

*„Die CDU Brandenburg setzt auf Freiheit, Kreativität und Eigenverantwortung. Nur so können Wachstum und Beschäftigung gefördert werden.“*

Freiheit, Kreativität und Eigenverantwortung. Schöne Worte! Gegen Freiheit ist nichts zu sagen, ja. So lange sie nicht auf Kosten anderer geht!

Kreativität ist prima, aber nur so lange die CDU darunter nicht so viel Kreativität der Unternehmer versteht, dass die Gewinne auf der einen Seite sprudeln und die andere Seite davon nichts hat!

Und beim inflationären Gebrauch des Wortes Eigenverantwortung schwant mir dann schon gar nicht Gutes mehr. Mit der Stärkung der „Eigenverantwortung“ verspricht die CDU Effektivität und Effizienz sozialpolitischer Instrumente zu verbessern. Ist das aber so? Steht damit nicht vielmehr die Einbeziehung schwächerer Menschen

in die Gesellschaft zur Disposition? Steht mit dem Postulat der Eigenverantwortung nicht auch die gegenseitige Solidarität in Frage?

Das ist genau der Weg der CDU. Im Wahlprogramm heißt es auch, man wolle „auf wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen“ setzen. „Wir werden das Vergabegesetz abschaffen und die Kommunalverfassung mittelstandsfreundlicher gestalten“ heißt es da. Im Klartext: mit der CDU wird es keine Lohnuntergrenze für öffentliche Aufträge mehr geben, Lohndumping wird wieder erlaubt, das Prinzip der Aufstocker gebilligt, Altersarmut vorprogrammiert! Außerdem will die CDU soziale Kriterien in der Wirtschaftsförderung wieder abschaffen und die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen erschweren. Damit nimmt sie Städten und Gemeinden die Möglichkeit für eigene Einnahmen.

Aber gut, das hat man von der CDU ja auch nicht anders erwartet. An einer anderen Stelle ist mir dann doch beim Lesen des CDU-Programms wirklich schlecht geworden. Ich zitiere:

*„Wir wollen ein soziales Brandenburg. Der Staat kann jedoch keineswegs alle Probleme lösen, sondern muss Rahmenbedingungen setzen und unterstützen. Ein Schwerpunkt unserer Politik ist die Familie. Sie ist für die meisten Menschen Lebensmittelpunkt und wichtigster Rückzugsort. Sie ist seit jeher Kern unserer Gesellschaft und bietet Kindern und Erwachsenen Sicherheit, Unterstützung und Geborgenheit.“*

Also ehrlich: ich bin auch ein Familienmensch, ja. Aber mit einem modernen Familienbild hat dieses Klischee hier nun wirklich gar nichts mehr zu tun.

Wir leben nicht mehr in den 1960er Jahren!

Das Leben ist bunt und nicht schwarz.

Neben längeren Phasen des Alleinlebens. Lebt man heutzutage zeitweilig in einer Paarbeziehung mit getrennten Haushalten, wohnt unverheiratet in einer Paargemeinschaft zusammen oder lebt in Wohngemeinschaften. Einmal aus dem Elternhaus ausgezogen, ziehen Kinder vielleicht auch zwischenzeitlich einmal oder mehrmals wieder zurück. Überhaupt hat das Hin und Her zwischen verschiedenen Lebensformen zugenommen. Paarbeziehungen halten sehr häufig nicht für den Rest des Lebens, auch wenn man geheiratet oder gemeinsame Kinder hat. Der Anteil der nichtehelichen Geburten steigt beständig. In Ostdeutschland ist die nichteheliche Familiengründung der Normalfall!

Liebe Brandenburger CDU, nicht mal mehr Mutti Merkel passt noch in euer Familienbild von gestern!

Ein soziales Brandenburg heißt eben auch, gute Bedingungen für alle zu schaffen und Menschen mit Kindern hier eine Perspektive zu geben. Ein guter Beruf und ein gutes Einkommen von Männern und Frauen kann die Familiengründung unterstützen und vor Armut schützen. Deshalb ist es nicht nur Aufgabe einer imaginären Ideal-Familie á la CDU Brandenburg, Familien einen sozialen Rückhalt zu geben. Es ist Aufgabe von Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familien fördern. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass ein Leben mit Kindern andere Bereiche des Lebens nicht ausschließt. Mütter und Väter von heute wollen Arbeit, öffentliches Engagement und Freizeit miteinander vereinbaren können.

Deshalb haben wir uns stark gemacht, für eine bessere Kita-Betreuung oder für einen Familienzuschlag statt des althergebrachten Ehe-Gattensplittings. Und deshalb wollen wir nicht mehr Individualität wie die CDU, sondern mehr Solidarität, z.B. mit einem kostenlosen Schulessen für alle Kinder.

Und gerade beim Thema Kinder wird deutlich, dass Welten zwischen uns und der CDU liegen.

Mit rot-schwarz sähe Bildungspolitik zum Beispiel so aus:

*„Das Leistungsprinzip ist der beste Weg, um den Erfolg unabhängig von der familiären Situation zu ermöglichen. Deshalb setzt die CDU auf ein durchlässiges Bildungssystem, in dem klare Leistungs- und Qualitätsstandards gelten.“*

Na gute Nacht, Marie!

Oder ein paar Zeilen weiter heißt es:

*„Wir stehen für Qualitätsverbesserungen und führen keine Strukturdebatten. Schulfrieden bedeutet demzufolge auch eine unmissverständliche Absage an eine Einheitsschule.“*

Diesen Stillstand in der Bildungspolitik, wollen wir eben nicht! Dieses Bildungssystem braucht eine offene Debatte darüber, wie Qualität verbessert werden kann. Wenn die letzten fünf Jahre rot-rot eines gezeigt haben, dann das. Mehr Geld für immer mehr Lehrer ist gut. Aber es reicht nicht! Wer kleinere Klassen will, wer Chancengleichheit will, wer mehr Miteinander und weniger Gegeneinander in der Schule will, der muss über Strukturen reden! Wir brauchen eine Stärkung unserer öffentlichen Schulen. Und Denkverbote in der Bildungspolitik sind nun wirklich der falsche Weg!

Ein Thema ist hier heute natürlich noch wichtig. Weil man der LINKEN ja immer vorwirft, sie habe in der Regierung in punkto Braunkohle versagt: Im CDU-Wahlprogramm heißt es ganz klar: *„Für einen ausgewogenen Energiemix ist der Energieträger Braunkohle unverzichtbar.“* Das sehen wir definitiv anders und schon deshalb muss man, wenn man keine Braunkohle mehr will, für rot-rot und nicht für rot-schwarz trommeln, liebe Kolleginnen und Kollegen von Greenpeace!

Und dann ist natürlich noch spannend, was eigentlich in diesem Wahlprogramm der CDU alles nicht drin steht. Da sind die Älteren unter uns ja im Vorteil. Als brave DDR-Bürger waren wir es ja geübt, zwischen den Zeilen zu lesen. Also was steht alles nicht drin?

Kein Wort zur Finanzierung - na gut, haben sie halt keine Idee. Schon in der ersten Legislatur von rot-schwarz haben sie 4.4. Mrd. € Schulden gemacht.

Kein Wort zur AfD - na gut, denken wir uns unseren Teil.

Aber eben auch kein Wort - zum Nachtflugverbot am BER! Und das ist ja dann auch wieder ganz logisch, wenn man sich ansieht, wie Berlin und der Bund den Willen tausender Brandenburgerinnen und Brandenburger mit den Füßen treten! Und glaubt da eigentlich noch irgendjemand, dass rot-schwarz in Brandenburg anders agieren würde als rot-schwarz in Berlin und rot-schwarz im Bund?! Nein natürlich nicht. Und genau deshalb, ist rot-rot in Brandenburg so wichtig. Nur rot-rot - und dann auch wieder nur die Dunkelroten - sind der Garant dafür, dass Gesundheitsinteressen der Anwohner nicht den Profitinteressen des Flughafens geopfert werden! Die LINKE macht den Unterschied!

Und noch eines will ich nicht verschweigen: Ich habe in diesem CDU-Programm kein einziges Wort zum Thema Umgang mit Flüchtlingen, Toleranz und Willkommenskultur gefunden! Ich

habe es wirklich kreuz und quer gelesen, nix! Aber – und das schlägt dem Fass echt den Boden aus – folgendes Zitat findet sich sehr wohl:

*„Wir bekräftigen unsere Verbundenheit mit den deutschen Heimatvertriebenen. Die Eingliederung der Aussiedler in Brandenburg bleibt eine fortwährende Aufgabe.“*

Wieso gilt das nicht für alle Ausländer und Flüchtlinge?

Das liebe Genossinnen und Genossen, meinte ich, als ich vom Wolf im Schafspelz geredet habe! Diese CDU hat die Gesinnung von Frau Ludwig noch lange nicht abgelegt! Herr Schierack publiziert vielleicht nicht mehr in der Jungen Freiheit, aber eine Koalition mit der AfD schließt er nicht aus!

Die Brandenburger CDU schießt sich damit mal wieder bundesweit ins Abseits. Und das ist auch gut so!

Wie gesagt, bei dieser Landtagswahl geht es um eine Richtungsentscheidung:

- Entweder eine Politik der Vergangenheit die das Wohl dieses Landes und die Zukunft der Brandenburgerinnen und Brandenburger der Gewinnmaximierung einiger Weniger opfert;
- oder wir setzen eine Politik fort, die das Gemeinwohl achtet, die die Interessen der Bevölkerung auch gegen Wirtschaftslobbyisten verteidigt, die soziale Spaltung verhindert und alle am volkswirtschaftlichen Wachstum beteiligt, die auf Kooperation, Solidarität und sozialen Zusammenhalt setzt.

Die LINKE will den Kurswechsel fortsetzen. Wir wollen den ersten Schritten weitere folgen lassen. Denn mit halbherzigen Korrekturen geben wir uns nicht zufrieden. Unser Ziel ist eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft.

Machen wir den Menschen klar, wo die Unterschiede liegen!

Wir wollen, können und werden gewinnen: DIE LINKE macht den Unterschied!

Deshalb am 14. September LINKE wählen!